



- [Didacta 2016](#)
- [Inklusion](#)
- [Veranstaltungen](#)
- [Medienzentrum Haus Villigst](#)
- [Arbeitsbereiche](#)

■ **Projekte**

[Lasst uns nicht hängen](#)

[Über die Kampagne](#)

[Materialien](#)

[Der Kindergipfel](#)

[Mit Kindern neu anfangen](#)

[Starke Lehrer - Gute Schule](#)

[Friedensbildung an Schulen](#)

■ [Themen und Berichte](#)

■ [Wir über uns](#)

■ [Service und Download](#)

■ [Presse](#)

■ [So finden Sie uns](#)

■ [Interner Bereich](#)



Lasst uns nicht hängen

▸ Sie sind hier: Pädagogisches Institut der EKvW > Projekte > Lasst uns nicht hängen > Über die Kampagne

Warum war eine Kampagne gegen Kinderarmut erforderlich?

„Lasst uns nicht hängen!": Unter diesem Leitmotiv wollte die Evangelische Kirche von Westfalen den Skandal der wachsenden Armut von Kindern mit einer Kampagne öffentlich machen. Die Kampagne zielte darauf, die Mitverantwortung in Kirche und Gesellschaft bewusst zu machen sowie Hintergründe und Folgen von Kinderarmut zur Sprache zu bringen.

Dabei sollten die Möglichkeiten und Erfahrungen von Kirche und Diakonie genutzt werden, um Projekte zu entwickeln und ortsnahe umzusetzen.

Die Schirmherrschaft übernahm Christoph Biemann, bekannt durch die „Sendung mit der Maus" des WDR. Eine am Schwanz hängende Maus war das Erkennungszeichen der Kampagne.

Zahlen

(Anmerkung der Redaktion: Zahlen von 2006)

Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) leben gegenwärtig 2,5 Millionen Kinder in Armut oder sind davon bedroht, die Tendenz ist steigend. Von 2000 bis 2006 stieg die armutsgefährdete Schicht in Deutschland von 18,9 auf 25,4 Prozent an. Als gefährdet gilt dem DIW zufolge jemand, der unter 880 Euro im Monat zur Verfügung hat. Nach dem jetzt vorliegenden dritten „Armuts- und Reichtumsbericht" der Bundesregierung liegt diese Grenze sogar bei nur 781 Euro netto im Monat. Die Schwelle, ab der jemand als arm gilt, ist damit deutlich gesunken. Noch 2005 setzte sie der Armutsbericht bei einem Einkommen von weniger als 938 Euro fest. Grund: Das Durchschnittseinkommen, das der Berechnung von Armut zugrunde liegt, ist gesunken.

Gleichzeitig explodierten die Vermögensgewinne der Wohlhabenden. Zwischen 2000 und 2006 wuchs der Anteil der Spitzenverdiener an der Bevölkerung von 18,8 auf 20,5 Prozent. Die Mittelschicht schrumpfte währenddessen von 62,3 auf 54,1 Prozent.

Teufelskreis

Präses Alfred Buß sieht gegenwärtig große Chancen, Armut zu bekämpfen, weil es noch nie so viel Vermögen in privaten Händen gab. „Auch Kinder aus armen Verhältnissen müssen sich entwickeln, ihre Gaben entfalten und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, sozialen und solidarischen Leben teilhaben können", so der leitende Theologe der Evangelischen Kirche von Westfalen. Denn Armut sei „mangelnde Teilhabe an der Gesellschaft - im Extremfall als Ausschluss. Arm sind Menschen, die sich nicht mit ihren Fähigkeiten in das von allen geteilte Leben einbringen können." Armut behindere Menschen darin, sich mit ihren Gaben zur eigenen Selbsterhaltung und zum Wohl aller einzusetzen. „Es ist ein Teufelskreis: kein Abschluss, keine Ausbildung, kein Job, kein Geld, keine Perspektive."

Ziele und Forderungen

Zu den politischen Zielen und Forderungen der Kampagne gehören eine warme Mahlzeit täglich für jedes Kind, kostenfreie Plätze in Kindergärten und offenen Ganztagschulen, kostenfreie Schulbücher, Zugang zu Computern und ins Internet, Teilnahme an Schulfahrten, Zugang zu öffentlichen Kultur- und Freizeitangeboten wie Museen, Schwimmbäder, Zoos oder Landesgartenschau. Innerkirchlich werden Runde Tische in Gemeinden und Kirchenkreisen anvisiert, die der besseren Vernetzung im Blick auf das Thema dienen. Ziel ist außerdem eine Selbstverpflichtung, auf jeder Freizeit für Kinder und Jugendliche 20 Prozent Freiplätze zur Verfügung zu stellen. Das gute Beispiel der evangelischen Schulen soll dabei wegweisend sein. Evangelische Kindergärten, Kindergottesdienst-Teams und Gemeindegruppen werden zur Teilnahme motiviert und mit Material ausgestattet.

Stimmen für die Kampagne

Beschluss der Landessynode 2009 ▸

Beschluss der Landessynode 2007 ▸

LKR Friedhelm Wixforth: Kinderarmut in Deutschland? ▸

Präses i. R. Alfred Buß: Kinderarmut ist nichts Neues. ▸

Verlauf der Kampagne

Chronik ▸

Globalisierung gestalten

Angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung will die Evangelische Kirche von Westfalen eine breite Diskussion über den Staat und seine Aufgaben anstoßen. In diesem Zusammenhang steht auch die gesellschaftliche Herausforderung der Kinderarmut. 2007 wurde der Landessynode eine Hauptvorlage als Impulspapier vorgelegt mit dem Titel: „Globalisierung gestalten! Staat und Kirche: Herausgefordert zu Recht und Frieden in der einen Welt“. Der Text beschreibt die umfassenden Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftsverflechtungen und stellt ihnen die Funktion des demokratischen Rechtsstaates gegenüber.

Die Kampagne

Als Auftakt beim Villigster Kindergipfel haben die 500 sechs- bis zwölfjährigen Mädchen und Jungen am 8. Juni eine Resolution verabschiedet. Zum Schulbeginn erhält Präses Alfred Buß eine Schultüte, deren Inhalt auf die Probleme, Sorgen und Nöte armutsgefährdeter Kinder hinweist. Weitere Stationen sind das Erntedankfest, Advent und Weihnachten, Ostern und die Konfirmation. Zeugnisse gibt es im Sommer 2009: Kinder benoten Politiker. Bunte und symbolträchtige Aktionen auf Marktplätzen sorgen für Aufmerksamkeit. So ist geplant, unter dem Motto „Wir lassen uns doch nicht ausgrenzen“, eine Schranke als Grenzkontrollpunkt aufzubauen und damit den Platz in zwei Flächen zu teilen. Darauf werden Armutprobleme und Lösungsansätze gegenübergestellt.

Abschließend sollen auf der westfälischen Landessynode im November 2009 Zeichen gegen Kinderarmut gesetzt und Forderungen an die Politik beschlossen werden.

Ziele der Kampagne

Die Ziele der Kampagne stellen an unterschiedliche Gruppen unterschiedliche Forderungen und damit auch deutliche Herausforderungen. Im Wesentlichen lassen sich drei Handlungsfelder benennen:

- a. die Politik**
- b. die Kirche**
- c. praktische Ziele**

a. Herausforderungen für die Politik

Kinderarmut ist ein Skandal – und muss letztlich strukturell bekämpft werden. Welche konkreten politischen Forderungen sich daraus ergeben, ist strittig. Die meisten grundsätzlichen Empfehlungen lassen sich in einer Botschaft zusammenfassen: Die finanzielle Situation von Familien mit Kindern muss verbessert werden. Wie dies am besten geschieht, ob mit einer Erhöhung des Kindergeldes, einer Grundsicherung oder noch ganz anders, ist ebenfalls strittig. Bei vielen Gegnern solcher Lösungen schwingt auch die Sorge mit, dass das Geld gar nicht bei den Kindern ankommt, sondern von den Eltern für andere Zwecke gebraucht wird. Deshalb fordern andere: Es muss mehr Geld in das System von Erziehung, Bildung sowie Kinder- und Jugendhilfe fließen. Nur so lässt sich gewährleisten, dass die Kinder wirklich erreicht werden. Diese politische Kontroverse darf aber wirksame Hilfe nicht weiter blockieren. Die von der Kirchenleitung eingesetzte Steuerungsgruppe hat sich deshalb für einen anderen Zugang entschieden. Perspektivenwechsel heißt, von den Grundbedürfnissen der Kinder her zu denken. Essen, Wohnung, Kleidung, Gesundheitsvorsorge und Bildung müssen für alle Kinder in ausreichender Weise gewährleistet sein. Wir gehen davon aus, dass alle Kinder das Recht haben auf

- eine warme Mahlzeit täglich;
- einen kostenfreien Platz in der Kindertagesstätte und im Offenen Ganztag;
- kostenfreie Lehr- und Lernmittel;
- kostenfreien Zugang zu Computern und ins Internet in der öffentlichen Erziehung, Bildung und Betreuung;
- kostenfreie Teilnahme an Schulfahrten;
- kostenfreien Zugang zu öffentlichen Kultur- und Freizeitangeboten.

All diese Rechte könnten gewährt werden, wenn ein Sozialpass flächendeckend eingeführt wird für Kinder aus Familien, die ALG II, Sozialgeld und/oder Wohngeld erhalten. Dieser Pass muss auf der Ebene des Landes organisiert werden, da die Kommunen – gerade die mit dem höchsten Anteil Betroffener sind selbst arm – dazu nicht flächendeckend in der Lage sind.

b. Herausforderungen für die Kirche

Die Forderungen der Kampagne richten sich aber nicht nur an den Staat, sondern auch an die eigene Kirche. Um den Übergang bis zur Realisierung der Forderungen an den Staat zu organisieren und betroffenen Kindern schon jetzt wirksam zu helfen, muss das Potenzial der Zivilgesellschaft gehoben und organisiert werden. Dazu sollte in jeder Gemeinde

(Kommune) und in jedem Kirchenkreis ein Runder Tisch „Gegen Kinderarmut“ zur besseren Vernetzung und zur Öffnung in die Gesellschaft eingerichtet werden. Direkt auf die Gemeinden und Kirchenkreise bezogen sind die Forderungen nach

- einer Selbstverpflichtung, für jede Freizeit für Kinder und Jugendliche 20 Prozent Freiplätze zur Verfügung zu stellen;
- einer kostenfreien Konfirmandenarbeit;
- der Einbindung kommunaler Partner in die Kampagne.

Evangelische Schulen sollen in der öffentlichen Erziehung, Bildung und Betreuung ein gutes Beispiel sein.

c. Die praktischen Ziele

Die Kampagne „Lasst uns nicht hängen!“ gegen Kinderarmut ist eine Mitmach-Kampagne, deren Erfolg abhängt von der Beteiligung der Kirchengemeinden, Kirchenkreise, Verbände, Werke und Einrichtungen der Evangelischen Kirche von Westfalen. Konkret geht es in dieser Kampagne darum:

- Gemeinden zu ermutigen, Armut in ihrer Mitte zu integrieren;
- gemeinsame Modelle/Aktionsformen des Protestes zu entwickeln;
- Partizipationsmöglichkeiten für Kinder zum Thema Armut – zum Beispiel einen „Guten Rat“ – zu organisieren. Die konkreten Ziele der einzelnen Kampagnenabschnitte sind unter IV.1 beschrieben.

[zurück](#)

 Druckversion anzeigen

Pädagogisches Institut der EKvW - Iserlohner Straße 25 - 58239 Schwerte
Fon (Zentrale): 02304 / 755-160 - Fax (Zentrale): 02304 / 755-247 - verwaltung@pi-villigst.de - [Impressum](#)